

Ressort: Politik

Günther fordert Nachbesserungen an Grundgesetzänderung

Kiel, 29.11.2018, 14:56 Uhr

GDN - Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hat Nachbesserungen an der am Donnerstag vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung zur Lockerung des bildungspolitischen Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern gefordert. "Darüber wird in einem Vermittlungsverfahren zu reden sein", sagte er der "Neuen Osnabrücker Zeitung" zu der von den Regierungsfractionen im Bundestag durchgesetzte Regelung, derzufolge die Länder künftig bei Zuschüssen des Bundes zu Programmen für Schulen oder Wohnungsbau stets noch denselben Betrag wie der Bund beisteuern sollen.

Günther kündigte an, den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen zu wollen. "Aus Sicht Schleswig-Holsteins gibt es noch Gesprächsbedarf", sagte er. Besonders störe ihn, dass "in letzter Minute noch Änderungen in den Gesetzentwurf aufgenommen wurden, die mit den Ländern nicht abgestimmt waren". Die Grundgesetzänderung braucht im Bundesrat die Zustimmung der Länder mit Zweidrittelmehrheit.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-116134/guenther-fordert-nachbesserungen-an-grundgesetzeaenderung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619